

### Konferenzbericht: Symposium zur Beendigung von Konflikten am Horn von Afrika (Paris, 3. März 2004)

Smidt, Wolbert G.C.

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Konferenzbeitrag / conference paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
GIGA German Institute of Global and Area Studies

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Smidt, W. G. (2004). Konferenzbericht: Symposium zur Beendigung von Konflikten am Horn von Afrika (Paris, 3. März 2004). *Afrika Spectrum*, 39(2), 294-299. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-107446>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

## Konferenzberichte / Conference Reports

### Symposium zur Beendigung von Konflikten am Horn von Afrika (Paris, 3. März 2004)

Auf Initiative der Zeitung *Les nouvelles d'Addis - addis zéna* und der Partei der Grünen Frankreichs wurde am 3. März 2004 das Symposium *Grande corne d'Afrique / mer Rouge - Enjeux stratégiques de la région dans la mondialisation* in der französischen Nationalversammlung in Paris veranstaltet. Als Redner eingeladen waren Regierungs- und Oppositions-Politiker aus der Region Horn von Afrika (besonders beeindruckend: die Politikerinnen!) sowie europäische Journalisten und Akademiker. Das Publikum war ähnlich zusammengesetzt - zusätzlich waren neben Vertretern der verschiedenen Diaspora-Gemeinden in Paris auch Diplomaten von Äthiopien, Somalia, Somaliand und Djibouti anwesend; ein Sprecher des Chefs der sudanesischen SPLA, John Garang, wurde während der Tagung aus Khartum zugeschaltet. Offizielle Vertreter Eritreas hatten die Teilnahme leider verweigert.

Eingeladen hatte Noël Mamère, einer der zwei Mitglieder der Partei der Grünen in der Nationalversammlung. Er sprach die Eröffnungsworte, in denen er das Interesse der Grünen an der Region erläuterte. Nur scheinbar sei sie fern der Interessen europäischer Tagespolitik. Erstens zeigen die Probleme der Länder am Horn von Afrika die Widersprüche der Globalisierung auf. Was hier geschieht, kann stellvertretend für die gesamten Nord-Süd-Beziehungen gelten. Als Schnittstelle zwischen dem Orient und Afrika ist die Region ein Zentrum des "präventiven Krieges" der USA geworden. Außerdem haben die ständigen Konflikte die Überlebensstrategien der Bevölkerung und der Staaten dauerhaft verändert. Dazu kommt das unklare Verhältnis Frankreichs zu seinen ehemaligen Kolonien, in denen es Diktaturen unterstützt - wie in Djibouti. Doch die Situation bleibt nicht starr nur von Unterdrückung und Krieg geprägt. Heute bewegen sich alle Staaten der Region: Im Sudan finden Verhandlungen der Konfliktparteien statt, ebenso zwischen Eritrea und Äthiopien; Somaliland hat sich stabilisiert, und über Somalias Zukunft wird derzeit in Kenia verhandelt. Doch bei allem bleibt die EU merkwürdig inaktiv.

Der Zweck der Tagung war primär, den Problemen und Hoffnungen der Staaten am Horn von Afrika ein Forum zu bieten, auf dem diese an- und

ausgesprochen werden können. Schon aufgrund der zeitlichen Begrenzung war ein weiteres mögliches Ziel, nämlich die Förderung politischer Diskurse zwischen den Vertretern der verschiedensten Regierungen (bzw. verfeindeten Nachbarstaaten) und der Oppositionen kaum möglich. Sicherlich hatte die Tagung auch den innenpolitischen Zweck, die internationale Präsenz der grünen Partei zu dokumentieren und, wenn man so will, zu zelebrieren. Die Anwesenheit einiger großer politischer Repräsentanten der Region, neben unbekannten Vertretern der wichtigsten politischen Gruppen, machten die Tagung zu einem eindrucksvollen Ereignis der politischen Symbolik. Der Redaktion der *Nouvelles d'Addis* wiederum ging es vor allem darum, die politischen Entwicklungen in der Region in das Bewusstsein interessierter Gruppen in Frankreich und darüber hinaus zu bringen (es gab aus Europa auch Teilnehmer aus Deutschland, skandinavischen Ländern und Italien). Symptomatisch für die Situation am Horn von Afrika war, dass weder Vertreter der Regierung Eritreas noch der (noch vor wenigen Jahren selbst zum Regierungslager gehörenden) demokratischen Opposition erschienen, und auch andere Länder durchaus ungleichgewichtig vertreten waren. Für dieses Problem stand auch die Protestnote, die der Botschafter des Schattenstaates Somalia zu Beginn, nach Mamères Eröffnungsrede, verlas: Da er nicht eingeladen worden sei, zu reden, müsse er den Saal unter Protest verlassen. Mamères antwortete prompt, da er nun aber doch gekommen sei, gelte für ihn wie für alle die Aufforderung, die Tagung zu Meinungsäußerungen zu nutzen; es sei jedoch seine freie Wahl, wenn er sie verlassen wolle. Diese Bemerkung (erkennbar den westlichen Ritualen des demokratischen Diskurses entstammend) konnte nur dazu führen, dass der - so effektiv ausgeladene - somalische Vertreter den Saal tatsächlich verließ.

Den exzellenten Eingangsvortrag hielt Gérard Prunier, der Leiter des französischen Forschungszentrums in Äthiopien. Er schilderte pointiert die Konflikte und deren Lösungsversuche von Sudan bis Somalia. Zentral war die Feststellung, dass die am Horn von Afrika weitverbreitete Tendenz zu Konspirationstheorien irreführend sei; Konflikte, die längere Zeit dauern, hätten endogene Ursachen. Die Tagung war in ihrer konzentrierten Ansammlung politischer Stellungnahmen der direkt Betroffenen, immer abwechselnd mit westlichen politischen Analysen vorgebracht, ausgesprochen informativ. Die Möglichkeit der Einsicht in sich gegenseitig weitgehend ausschließende Standpunkte war gegeben.

Wie schwierig es aber selbst den Veranstaltern fiel, vorgefasste Perspektiven wenigstens für Momente zu verlassen und andere - sei es auch nur für das Experiment - einzunehmen, wurde am frühen Nachmittag durch einen kurzen Konflikt unter den Veranstaltern selbst deutlich. Auslöser waren Thesen über den äthiopisch-eritreischen Krieg von 1998-2000. Die Vielzahl der

mit diesem Krieg verbundenen Zwecke der verschiedenen Akteure, die große Bandbreite der sich gegenseitig aufschaukelnden Ursachen für die jeweils nächste Kampfrunde, komplizierten die Analyse. Dennoch wird eine übervereinfachende Darstellung von Experten wie Beteiligten insbesondere nach dem traditionellen, aber weitgehend sinnlosen Muster der "Suche nach dem eigentlich Schuldigen" (den es wegen der Ursachenvielfalt des Krieges gar nicht gibt) immer wieder versucht. Die längere Stellungnahme einer Sprecherin der eritreischen Diaspora in Frankreich, Guennete Haile Mikael, die alle zentralen Topoi der in Eritrea und unter Eritreern weitverbreiteten Kriegsanalyse enthielt, wurde vom Moderator unterbrochen - da ihre Stellungnahme "absurd" sei (was auch der Vertreter der *Nouvelles d'Addis* sofort unterstrich); aufgrund von Protesten im Publikum und einer Intervention der Grünen konnte sie dann aber ihren Vortrag beenden. Interessant an dem Zwischenfall war die zutage tretende Unmöglichkeit der Kommunikation.

Jede der Stellungnahmen auf der Tagung, manche eloquent, andere holzschnitthaft vorgetragen, drückte weitaus mehr aus als eine wissenschaftliche Analyse (politische Äußerungen stehen immer in einem nicht-individuellen lokalen Diskurskontext!). Die Tagung bot damit die äußerst wertvolle und seltene Gelegenheit, in konzentrierter Form die Wahrnehmung des jeweils "anderen" zu studieren. Der Wert der Vorträge, insbesondere der politischen Akteure aus der Region, bestand in eben diesem subjektiven Element - das aber sogar im Rahmen dieser Tagung im Gegenteil als Problem wahrgenommen wurde. Das Publikum teilte sich ebenso wie die Veranstalter in "*partisans*" der einen oder anderen Meinung, von der lediglich in den vorbereiteten Analysen der eingeladenen Akademiker abstrahiert wurde.

Eine dieser subjektiven Meinungsäußerungen (im ersten Panel *Les peuples face aux enjeux stratégiques de la région*) war die bittere, holzschnittartige Anklage der äthiopischen Regierung durch einen Vertreter der Oromo-Befreiungsfront (OLF), Aman Kadir, dessen Gefängnisaufenthalt den Unterdrückungserfahrungen zahlreicher Oromo entspricht. Claude Gonin von der französischen Unterstützerguppe für Eritrea, der *Association France-Erythrée*, schilderte die Errungenschaften des Landes, in völliger Abstraktion von den Problemen der Gegenwart. Diese Errungenschaften, wie die bemerkenswerte Entwicklungspolitik, waren durchaus real; jedoch fehlte dem Redner jegliche Überzeugungskraft wegen seines Schweigens über Krieg und politische Verhaftungen. Es folgte ein Bericht des Politikers Farah aus Djibouti, wo die Verfassung allenfalls willkürlich angewendet werde. Roland Marchal vom CNRS analysierte die somalische Krise, Jean-Louis Peninou (u.a. *Le Monde diplomatique*) gab eine differenzierte Analyse des eritreisch-äthiopischen Krieges. Mittags sprach per Fernschaltung aus Khartum der Sprecher des südsudanesischen Rebellenführers Garang, dem in Verhandlungen eine zentrale

Rolle im Staat zugesichert wurde - unter Aufgabe der möglichen Unabhängigkeit des Südens -, voller floskelhafter Bekenntnisse zur Befreiung aller Unterdrückten; der zentrale Gedanke war, dass Krieg nur durch Selbstbestimmung beendet werden könne.

Das zweite Panel *Paix et développement durable* am frühen Nachmittag versammelte, außer der schon erwähnten eritreischen Vertreterin, besonders viele Redner. Jean-Clément Cabrol von *Médecins sans frontières* gab einen Erfahrungsbericht aus Dar Fur im West-Sudan an der tschadischen Grenze, wo ein massiver Aufstand gegen die Zentralregierung losgebrochen ist. Dieser entspricht nicht mehr dem schematisch scheinbar einfach zu erklärenden "christlich-muslimischen" Konflikt zwischen Nord- und Süd-Sudan, da Dar Fur ebenso wie das Zentrum des Sudan muslimisch ist. Bürgermeister Daniel Feurtet aus Blanc-Mesnil schilderte von den positiven, lokalen Erfahrungen der seit 1992 bestehenden Städtepartnerschaft mit der Stadt Debre Berhan in Äthiopien. Seine Stadt ist damit Pionier einer Nord-Süd-Verbindung auf niedrigerer Ebene abseits großer Staatspolitik und internationaler Entwicklungshilfe. Bernard Faye, ein Veterinär, war unter den Rednern inhaltlich einer der eindrucksvollsten, obwohl, oder auch weil die große politische Analyse fehlte; Äthiopien schilderte er als die achtgrößte "bovine" Macht der Welt (da das Land eine der größten Rinderpopulationen der Welt besitzt; in der lokalen Tradition wird Kapital in Form von Rindern angelegt anstatt von Bankkonten). Dieses Entwicklungspotential sei noch wenig ausgeschöpft. Der ausbaufähige, wichtige Export nach Arabien sei aufgrund einer Rinderkrankheit eingebrochen, woraufhin die Märkte von australischen Firmen übernommen wurden, und damit voraussichtlich für den künftigen Export aus Äthiopien weitgehend unzugänglich würden. Gleichzeitig sorgte die voranschreitende Umweltzerstörung für eine Reduktion der Lebensräume. Dieser Aufruf nach aktiver, gezielter Hilfe wurde durch den Vortrag des Politologen Marc-Antoine Pérouse de Montclos ergänzt, der die These diskutierte, inwieweit Entwicklungshilfe in der Gefahr steht, in Wirklichkeit lokale Konflikte durch *de-facto* Versorgung von Kriegsgegnern zu nähren oder teilweise erst auszulösen (er nannte das Beispiel eines neuen Brunnens als Grund für neue Territorialkämpfe).

Der späte Nachmittag mit dem Panel *Démocratisation, pouvoir, oppositions* war durch den glänzenden Auftritt der neuen Außenministerin des international nicht anerkannten, aber *de facto* lange etablierten Staates Somaliland geprägt, Edna Adan Ismaël. Als pensionierte WHO-Beamtin und Witwe des früheren Staatspräsidenten Somalilands, Egal, hat sie als einzige Frau der Regierung ihren bemerkenswerten Einfluss immer weiter ausgebaut. Ihre geschichtlichen Ausführungen über das verfallene Somalia zeigte eine interessante Perspektive. Verantwortlich für die Gründung Somalias mit dem

Anspruch auf alle ethnisch somalischen Gebiete (u.a. auch in Kenia und Äthiopien) sei eine Spielart des Panafrikanismus der 1950er Jahre gewesen, zusammen mit einem ethnischen Nationalismus junger städtischer Eliten, der aber völlig an der somalischen Realität vorbeiging. Somaliland, erst 5 Tage von Großbritannien unabhängig, schloss sich 1960 so mit dem zuvor italienischen Somalia zusammen. Die „schönen Träume und Utopien“ führten in Expansions- und interne Kriege. Frau Edna Adan präsentierte Somaliland, das sich bereits 1991 mit seinen drei Millionen Einwohnern unabhängig erklärt hatte, als einen Hort der Stabilität, mit steigenden Tourismus- und Wirtschaftszahlen (u.a. wegen der Hafenstadt Berbera), freien Präsidentenwahlen und einer 2001 beschlossenen Verfassung. Ihre persönliche Glaubwürdigkeit wurde dadurch unterstrichen, dass sie, die kein Gehaltbezieht, ihre Pension u.a. zum Bau eines Krankenhauses einsetzte und sogar noch als Ministerin nebenbei als Hebamme aushalf. Juristisch warb sie für die Anerkennung ihres Landes mit dem Argument, dass es eine eigenständige Kolonie und kurzzeitig ein unabhängiger Staat gewesen war (Kolonialgrenzen sind nach regionalem Völkerrecht die sakrosankte Grundlage für alle Staaten), was auch die Voraussetzung für Eritreas Anerkennung war; der erste Präsident von 1960 war auch der von 1991. Die fast inflationäre Zunahme von Verhandlungen mit immer mehr Vertretern von immer mehr Splittergruppen über Somalias Zukunft sei dem Ideal einer - inexistenten - Einheit Somalias geschuldet, werde aber zur Befriedung der Region nicht beitragen. Die Tendenz somalischer Warlords, sich eigene Einflussphären durch Waffen zu schaffen, werde so nicht geändert, sondern sogar ermutigt (der neue Konflikt Somalilands mit dem benachbarten Puntland, das ebenfalls *de facto* unabhängig geworden ist, aber nach einer Rolle innerhalb des neu zu schaffenden Somalia sucht, kann in dem Zusammenhang gesehen werden: ein Warlord versucht im Grenzgebiet, sich ein eigenes Territorium zu schaffen). Der Diskurs des somalischen Nationalismus wurde in Frau Edna Adans Rede ersetzt durch einen Diskurs des Entwicklungserfolges und der Rechtsformeln. In einem gewissen Sinn vergleichbar war auch der Vortrag von Mohamed Kadamy, dem Chef der Oppositionspartei in Djibouti FRUD, der ebenfalls den Nationalismusthematisierte. Djibouti sei als ursprünglich koloniale Einheit auf dem Weg zu einem nationalen Staat; dieser würde aber nur durch eine Diktatur, genutzt als Basis ausländischer Armeen, künstlich aufrechterhalten - erst eine Demokratisierung könne zur Schaffung einer djiboutischen Nation führen.

Die städtisch geprägte äthiopische Opposition kam ebenfalls zu Wort, und zwar in Person der Tochter des heutigen Präsidenten Äthiopiens, Ghennet Girma, Exilvertreterin einer in Äthiopien nicht erlaubten Partei (ein insbesondere für Äthiopien nicht ungewöhnliches Paradox, wo Rebellion und Regierungsnähe nah beieinander liegen), der unter dem früheren sozialisti-

schen Diktator Mengistu teilweise zerschlagenen sozialistischen EPRP. In der den Panels sich kurz anschließenden Diskussion war der gewinnende Vortrag der äthiopischen Botschafterin Sahle-Work der letzte Höhepunkt: Sie hatte die unmögliche Aufgabe, die äthiopische Ablehnung der Entscheidung des Schiedsgerichts von Den Haag über die eritreisch-äthiopische Grenze so zu formulieren, dass sie keiner Ablehnung von Völkerrecht gleichkommt. Da ein Teil des umstrittenen Gebietes nun Eritrea zugesprochen worden ist, sei eine Korrektur nötig; abweichend von der Wortwahl der äthiopischen Führung betonte sie ausdrücklich, Äthiopien akzeptiere die Grenzentscheidung, bitte aber um deren Anwendung auf eine Weise, dass Irrtümer bei der Zuweisung von Gebieten korrigiert würden (womit *de facto* die Entscheidung selbst korrigiert würde). Auch die Wortmeldung des französischen Botschafters in Eritrea war ähnlich von rechtlichem Diskurs geprägt; von den im Verkehr zwischen den Staaten geltenden völkerrechtlichen Regeln könne sich auch am Horn von Afrika keine Politik absetzen. Damit entstand ein eigenartiger Kontrast zur Mehrheit der vorangegangenen Analysen, die dazu tendierten, durch politische Entscheidung anheimzustellen, was rechtlich bereits entschieden ist - womit letztlich ein rechtlicher Diskurs delegitimiert wird (wie bei der umstrittenen Grenzentscheidung Äthiopien-Eritrea).

Eine Quintessenz der Tagung ist: Sich gegenseitig ausschließende politische Konzepte, verbunden mit Idealen für ein zukünftiges blühendes Gemeinwesen (eines zentralisierten Kaiserreiches Äthiopien; später eines sozialistischen Äthiopien, dessen Nationalitäten nach dem Sowjetmodell unwichtig werden sollten; eines Großsomalias aller Somalis; eines von ausländischer Bedrohung befreien, modernisierten Eritrea etc.) waren wesentliche Ursache für zahlreiche Konflikte. Auch heute prägen sich gegenseitig ausschließende Diskurse die Kommunikation sowohl der Staaten als auch der konfligierenden politischen Gruppen. Als konstruktive Form der Auseinandersetzung ist bisher allenfalls die Form der Äußerungen auf internationalen Foren wie dieser (oder auf den von ausländischen Mächten mit-initiierten Verhandlungen wie die mit der SPLA im Sudan<sup>1</sup> oder den Warlords Somalis) etabliert, keinesfalls aber ein festes Regelwerk der Kommunikation und

---

1 Der große Erfolgsdruck, unter den die Verhandlungsparteien insbesondere durch die USA gesetzt wurden, hatte in diesen Tagen die kuriose Folge, dass die muslimischen Verhandlungsführer in die Hijra auswichen und so bedeutend Zeit gewannen – ein Teil der Staatsführung beteiligte sich an der jährlichen Pilgerreise nach Mekka, „dem einzigen Ort, wo die USA sie nicht erreichen konnten“.

der Beilegung von Konflikten, wie es beispielsweise das Völkerrecht und das UNO-System bereithält. Krieg ebenso wie Verständigung finden noch recht weitgehend außerhalb dieser „europäischen“ Regeln statt, auch wenn diese heute verstärkt in Diskurse insbesondere kleinerer Einheiten, wie Eritrea und Somaliland, aufgenommen werden. (Wolbert G. C. Smidt)